

# Partei-, Prestige- und Protzprojekte der CDU

Der Finanzpolitiker der LINKEN, Mike Huster, in der Plenardebatte zur Spielbank

**Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE beschäftigte sich der Thüringer Landtag am 23. Januar mit dem Thema „Sucht bekämpfen – Spielbank schließen – Landeshaushalt schützen“. In der Debatte ergriff für die Linksfraktion deren finanzpolitischer Sprecher Mike Huster das Wort. Im Folgenden dokumentieren wir seine Rede aus dem Plenarprotokoll:**

„Sucht bekämpfen – Spielbank schließen – Landeshaushalt schützen“, lautet die Überschrift unseres Antrags. Schon das ist absurd genug. Während wir damals hier den Staatsvertrag diskutiert haben zur Suchtbekämpfung beim Sportwettenbereich, hat auf der anderen Seite ein Betreiber, der mit öffentlichen Mitteln gefördert wurde, zum Spielen in der Spielbank aufgerufen, bekanntermaßen ein Bereich, der sehr hoch suchtgefährdend ist.

Aber es geht nicht nur darum, sondern es geht auch um die Heilung offenbar spielsüchtiger CDU-Landesregierungen der vergangenen Jahre, und zwar spielsüchtig mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

*(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
(Zwischenruf aus dem Hause:  
Dummes Zeug)*

Was Sie als dummes Zeug bezeichnen, ist heute die hohe Verschuldung Thüringens, die geht auf viele neuartige, damals neuartige PPP-Projekte zurück, das waren nämlich Partei-, Prestige- und Protzprojekte der CDU in Thüringen.

*(Beifall DIE LINKE)*

Das war besonders in den Jahren 1999 bis 2009 der Fall, wo Sie allein regiert haben und in der Summe diese Projekte uns heute belasten. In der Summe kann man diese Projekte nur als finanzpolitischen Größenwahn der CDU-Finanzminister bezeichnen.

## Online-Diskussion

Wie die Vorsitzende des Justiz- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags, Sabine Berninger (DIE LINKE), mitteilte, können sich auf dem Online-Diskussionsforum des Thüringer Landtags ([www.forum-landtag.thueringen.de](http://www.forum-landtag.thueringen.de)) Interessierte an der Debatte zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der SPD zum „Gesetz über den Beauftragten des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung des Stalinismus und der DDR-Diktatur (Thüringer Aufarbeitungsbeauftragten-gesetz – ThürAufarbBG)“ beteiligen. Es besteht die Möglichkeit, sowohl zu den einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfs als auch zu ergänzenden Fragen Meinungen, Kritik und Vorschläge einzubringen. ■

*(Beifall DIE LINKE)*

Meine Damen und Herren, die Spielbank hat natürlich hier im Haus eine Geschichte.

Es gab einen Untersuchungsausschuss 4/1 mit einem Abschlussbericht, der unter anderem festgestellt hat, dass die damals vom Finanzminister gegebene Patronatserklärung, eine harte Patronatserklärung ohne haushaltsrechtliche Grundlage – Herr Primas (CDU, d.Red.), Sie saßen in



dem Ausschuss – abgegeben wurde. Es wurden GA-Fördermittel ausgereicht in Millionenhöhe, um das Projekt Hotel/Spielbank zu stemmen.

In der Summe, meinen Damen und Herren, wissen wir, dass sich die finanziellen Erwartungen, die Sie uns suggeriert haben, Millioneneinnahmen im Landeshaushalt –

*(Unruhe FDP)*

*(Zwischenruf aus dem Hause: Es gibt zu wenig Zocker)*

Genau, es gibt zu wenig Zocker, zum Glück – die haben sich nie erfüllt. Lediglich ein Zehntel der Mittel, die Sie uns hier einmal in Aussicht gestellt haben, ist je im Haushalt gelandet, während wir diesen Betrieb bis heute sub-

ventionieren. Das ist ein Skandal, meine Damen und Herren.

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Erinnern Sie sich an die Zeit hier im Thüringer Landtag! Während Sie das Kita-Gesetz drastisch verschlechtert haben, während Sie erklärt haben, dass für Soziales, für Kulturelles und für Bildung keine zusätzlichen Ausgaben getätigt werden dürfen, war für Ihre Lieblingsprojekte, die rein politisch intendiert waren, immer genügend Geld da. Eine einzige Frage hätte Sie auf den Pfad der Tugend bringen können: Dient diese Maßnahme dem Gemeinwohl oder dient sie nur den Interessen von Einzelnen?

Hätten Sie sich diese Frage damals gestellt, hätten Sie die Entscheidung zur Spielbank, das ist unsere Behauptung, niemals getroffen. Deshalb, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Staatssekretär aus dem Finanzministerium, wenn 2014 die Konzession ausläuft, wenn es die Chance gibt, aus diesem Unsinn auszusteigen und diesen Betrieb nicht weiter aus dem Landeshaushalt zu finanzieren und positiv zu sanktionieren, dann sage ich Ihnen, wir als Fraktion unterstützen Sie, den Spieltrieb der CDU-Fraktion auszutreiben. Es darf nach 2014 keine Mittel mehr aus dem Landeshaushalt für die Spielbank geben.

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)* ■

## Rhöntrasse

Die LINKE begrüßt das Aus für die Planungen der B 87n von Meiningen nach Fulda. „Unsere Einschätzung, dass die Rhöntrasse durch das Biosphärenreservat nicht umweltverträglich ist, wurde vom Bundesverkehrsministerium bestätigt“, so MdL Tilo Kummer. Nun müsse der Erweiterungsprozess des Biosphärenreservates Rhön genutzt werden, um ein nachhaltiges und naturverträgliches Verkehrskonzept für die Region zu entwickeln. „Wir brauchen keine Abkürzung für LKWs zwischen den Autobahnen, sondern eine Lösung für die Region.“ Der Abgeordnete warnte vor einem Neustart der Schnellstraßenplanung mit dem Ziel der wiederholten Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan. ■

## Internetzugang

Das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 24. Januar, wonach der Zugang zum Internet von zentraler Bedeutung für das moderne Leben ist, wird von MdL Katharina König, ausdrücklich begrüßt. Kunden können von ihrem Internetanbieter Schadensersatz verlangen, wenn es zu einem Ausfall des Anschlusses kommt. Die Abgeordnete verweist darauf, dass sich aus dem Urteil auch ein Verbot von Internetsperren ergibt, inklusive des so genannten Three Strikes-Modells, welches u.a. von der CDU gefordert wurde. „Netzneutralität muss endlich gesetzlich garantiert werden. Bei der anstehenden Novelle des Landesmediengesetzes ist dies unbedingt zu berücksichtigen. Die Zeit dafür ist reif.“ ■

## VON A BIS Z:

### Dorfladenprogramm

„Trotz der Bemühungen der Agentur für Arbeit ist es bisher nicht gelungen, für zwei Drittel der 909 Betroffenen eine neue Jobperspektive zu eröffnen“, so MdL Ina Leukefeld ein Jahr nach der Pleite der Drogeriemarkt-Kette Schlecker am 22. Januar.

Wie aus der Antwort auf die Anfrage der Linksfraktion an die Landesregierung hervorgeht, hatten insbesondere die Angestellten der zweiten Kündigungswelle das Nachsehen. Nicht einmal ein Viertel der oft gut Qualifizierten gelang der Weg zurück auf den ersten Arbeitsmarkt.

Es sei auch bedauerlich für den ländlichen Raum, dass es kaum zur Fortführung der Filialen durch ehemalige Beschäftigte gekommen ist, sagte die Abgeordnete. „Eine umgesetzte und fünf geplante Übernahmen in Thüringen sind nicht zufriedenstellend.“ Der von der LINKEN vorgeschlagene Weg eines Dorfladenprogramms hätte hier Potentiale eröffnet, die den jetzt erwerbslosen Beschäftigten ebenso wie den Dorfgemeinschaften wichtige Bezugspunkte geboten hätte.

„Es ist dringend zu prüfen, wie in diesem Sinne die Bemühungen des Mitteldeutschen Genossenschaftsverbandes seitens der Landesregierung und der Agentur für Arbeit verstärkte Unterstützung erhalten können. Insbesondere die Förderung einer Einkaufs- und Liefergenossenschaft für die ersten Filialfortführungen ist zu prüfen, auch um weitere Gründungen in diesem Bereich zu beflügeln“, so die Arbeitsmarktpolitikerin. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden am 14. und 15. Februar statt und im März in der Zeit vom 20. bis 22. des Monats.

### Digitale Demokratie:

„Digitale Demokratie. Zwischen Partizipation und Manipulation“, so der Titel einer Veranstaltung am Donnerstag, den 7. März, (10 bis 16 Uhr, Raum 101, Landtag Erfurt) der Thüringer Landesmedienanstalt in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung. Gäste sind bei diesem Erfahrungsaustausch herzlich willkommen.

**Weitere tagesaktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:**  
[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de).